

Aktion

„Wir Bürger helfen Deutschland“

Wir sind das Volk, die Urentscheider, von dem alle Staatsgewalt ausgeht

- Art. 20 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz (GG) -

„Das Volk ist besser als seine Regierung. Es verdient eine andere (bessere)“ (Gerhard Schröder)

An den
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1

D-11011 Berlin

c.o. Jürgen Peters

Wilhelm-Bode-Str. 50

38106 Braunschweig

Tel. 0531 / 334870

Fax: 0531 / 331585

eMail:

helft-deutschland@onlinehome.de

HomePage:

<http://www.helft-deutschland.de>

Bezug: u.a.: 17.Juni 1953;
die deutsche Einigung 1989;
die Verabschiedung der "Agenda 2010"

Datum: 17. Jun. 2003

AZ.: HD-02 - 1 - 17/6/03

Petition und Beauftragung zur Erledigung binnen Eilfrist ohne jeden Verzug:

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Damen und Herren,

mehrfach in der deutschen Geschichte war das Volk mit seinen Regierenden - den Mandatsträgern und politischen Parteien samt dem Handeln der Exekutive und Justiz, deren „getreulicher Gehorsam gegenüber der Politik“- nicht mehr einverstanden.

Grund: die Leistung der Regierenden war ungenügend und entsprach nicht mehr den Wahlversprechungen und selbst erweckten Erwartungen. Das ist heute wieder der Fall.

Beweis:

- Die Haushaltslage mit angedrohtem Staatsdefizit bis 2006 von ca. 126 Mrd. € = ca. 50 % des Gesamthaushalts als Staatsbankrott;
- Die Aufladung aller Lasten auf die „Normal- und Geringverdiener“ unter weitgehender Freistellung von Lasten und Steuern für die „Besitzstandswahrer“, damit die Ungleichbehandlung der Bürger im Staat zu einseitigen Lasten (siehe die „Steuerfluchtamnestie“);
- Die Ungleichbehandlung der Behinderten, Sozial Schwachen, Arbeitslosen zur Reduktion auf das Niveau der Sozialhilfe als dauerhafte Lebensperspektive, unter Wegnahme der nach Treu und Glauben auf die Existenzsicherung frei von Not lebenslang eingezahlten Versicherungsbeiträge (zur Fremdverwendung der Beiträge der sozialen Sicherung u.a. zur Finanzierung der Deutschen Einheit, statt diese aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren, als ein Beispiel). Das „Risiko Kind“ als Karriere- und Armutsrisiko der Familie;
- Die Unfähigkeit der Politik, durch eine unternehmens- und wirtschaftsfreundliche Rahmenpolitik (Reduktion der Verwaltung und Vorschriften vor allem anderen) ein wirtschaftsfreundliches und damit ertragsförderndes Klima im Staate zu schaffen, zu

- überbordenden Verwaltungsfinanzierungskosten bis über 50 % der Haushalte mit der Verwaltung/Justiz als „größter Arbeitgeber“ in Deutschland - und größter belastender Kostenfaktor;
- Die Herbeiführung der Abhängigkeit der Besetzung wesentlicher Funktionen in allen staatswesentlichen Bereichen von Parteibuch, Gewerkschaftsmitgliedschaft und den Interessen weiterer „gesellschaftlich relevanter Interessengruppen“ im Vorrang vor fachlicher unabhängiger Sachkompetenz, im Volksmund auch „Filz und Korruption“ genannt (Beispiel: der aufgeflogene „Kölner Klüngel“ als Ausriß);
- Mit der Eröffnung des Diskurses über die Beschränkung der Lebenserwartung auf 75 Jahre für Pflichtversicherte durch Wegnahme der medizinischen Versorgung zur vorzeitigen Verkürzung der Lebenserwartung aus Haushaltsgründen - real der Tötung des zu teuer gewordenen eigenen Volkes - ist die Grenze des guten Geschmacks und der Erträglichkeiten weit überschritten.
- Gemäß „BASEL II“ gelten ca. 90 % der Berufe und die komplette mittelständische Wirtschaft als Risiko und erhalten praktisch so gut wie keine Kredite mehr. Das vernichtet den Bestand der Arbeitsplätze und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen im innersten Kern, die Wirtschaft wird vom Kreditmarkt abgeschnitten. Sie verliert damit auch die internationale Leistungsfähigkeit. Insbesondere die Banken bereinigen damit ihre Börsenbilanzen, ihr Kreditvergabevolumen wurde durch verlustreiche Börsenspekulationen teils halbiert. Die Deutsche Bank hat die Gehälter ihres Managements in den letzten 5 Jahren um 480 % gesteigert, während die Wirtschaft bei beginnender Deflation zu Null gebracht wird und die verbleibenden Realeinkommen durch den Haushalt abgeschöpft werden, so dass auch Normalverdiener in die Armutsgrenze absinken. Die Fachverbände gehen davon aus, dass mind. 30 % der Normalverdiener bereits ergänzende Sozialhilfeansprüche haben.

Die neue Teilung der Arbeitsmärkte führt dazu, die „Aussortierten“ in Geringstverdienstjobs, bis 30 % geringer bezahlter Leiharbeit und Tagelöhnerie festzuhalten. Arbeitssuchende werden - soweit Problemfälle - besonders drangsaliert durch die überbordende Arbeitsverwaltung, bis hin zur Psychiatrierung im Zuge des „Projektmanagements der sozialen Betreuung“ obwohl klar ist, dass ältere Arbeitslose (über 40 Jahre, ab 50 Jahre weitgehend absolut) keine Anstellung außer Hilfsarbeiten mehr finden schon deshalb, weil die Unternehmen die Investitionen in interne Anlernung und Ausbildung mit Blick auf die verbleibende Restarbeitszeit scheuen. Die Verwaltung der Arbeitslosigkeit als „Beschäftigungsprogramm und ABM für die Amtsangehörigen, deren Jobs ohne ausreichende Zahl an zu Verwaltenden gefährdet wären, ist selbst ein „Arbeitsbeschaffungsprojekt“. Die Rückstufung in Geringverdienstbereiche blockiert den Wiederaufstieg, da als weitere „Verhandlungsgrundlage“ der letzte Beschäftigungsrang gilt. Das ist vernichtend mit Arbeitslosen mit akademischen Ausbildungen, die damit vernichtet und „verbrannt“ sind. Das vernichtet die Lebensperspektiven gerade der Generationen, die lebenslang gearbeitet, Beiträge gezahlt haben und Steuern, und die gegen Lebensende um den Erfolg dieser Vorleistungen offen betrogen werden, deren Lebensleistung nun Müll ist und sie nichts im Leben erreicht haben als Opfer der Armutsfalle. Das zu dokumentieren hat die Regierung bisher nach den vorliegenden Statistiken von Fachverbänden offen verweigert. Sie weiß also nicht um die tatsächlichen Zahlen, oder das deutsche Volk wird offen belogen und getäuscht. Verschärfend wirkt die asozial wirksam werdende Entscheidung der EU, den Rahmen für das Existenzminimum um 30 % abzusenken und daraus gegen die eigenen Richtlinien zum Verleendungsverbot (siehe die einschlägigen Beschlüsse und Richtlinien und die „Sozialcharta zum Verleendungsverbot“ zu verstoßen. Dagegen ist

zu klagen und die EU auf Unterlassung zu verpflichten, da sonst ein Volksaufstand in Deutschland droht.

- Hinzu tritt der politische Trend zur Förderung von Geringeinkommen zur „Anpassung an den internationalen Standard, was mit sich bringt, die Abgaben und Sozialabgaben massiv zu reduzieren und teils fortfallen zu lassen vor dem Hintergrund, dass ca. 4 % der Deutschen 80 % des deutschen Privatvermögens in Händen halten und dieses im Geldmarkt nutzbringend anlegen, siehe das Angebot Hirsch. Diese denken nicht daran erkennbar, das Geld volkswirtschaftlich nutzbringend einzusetzen und daraus ihre Gewinne zu realisieren, die ihnen durchaus gegönnt sind. Diese Schieflage trägt entscheidend wesentlich zum Niedergang Deutschlands und zum Staatsbankrott bei und stellt klar, daß die geplante Haushaltssanierung Agenda 2010 wie die Pläne der Opposition im innersten Kern bereits jetzt gescheitert und nicht realisierbar sind. Diese zu beschließen und dem Volk unnötig - siehe Angebot Hirsch - aufzunötigen bedeutet die Einleitung der Vorstufe zum Bürgeraufstand.

Beweis:

der Aufruf zum Umsturz - „Bittschrift an den Hochadel zur Wiedererrichtung des Deutschen Kaiserreichs durch die Autoren Horst Mahler, Oberlercher (Deutsches Kolleg, Deutsches Institut) und Mehnen (NPD) sowie die Ankündigung des Umsturzes durch die „Kommissarische Regierung des Deutschen Reichs“ (siehe Landesgruppe Sachsen), die bereits eigene Urkunden, Ausweise und andere Dokumente ausstellt und benutzt (ca. 1.000 Gerichtsverfahren anhängig), und deren Reichsgericht bereits Todesurteile gegen Bundesbeamte ausgesprochen hat wegen Hochverrat am Deutschen Reich aus Anwendung der Gesetze der Bundesrepublik Deutschland. Wie deren Repräsentanten im Internet erklären, erwarten diese als Folge der Agenda 2010 den Umsturz bereits ab 2003/04. Das mit dem Argument der beschlossenen Massenverelendung in Deutschland. Das Motiv, rechtsradikal zu werden, um dem Tode der sozialen Euthanasie zum Stichalter 75 zu entkommen, ist dabei ein tragendes Element. Im katholisch geprägten Bereich ist zu würdigen, dass dieser soziale Euthanasiegedanke - in der christlichen Religion durch nichts rechtfertigbar - durch katholische Moraltheologen und Kirchenlehrer in die öffentliche Debatte gebracht wurde, zu würdigen im Zuge der geplanten Seligsprechung des Papst Pius X und seinem Modernismusverbot, beinhaltend das Demokratieverbot für die Christen katholischen Glaubens, als erfundamentalistische Kirchendoktrin, die 1907 verhängt und erst im II Konzil Mitte der sechziger Jahre aufgehoben wurde. Insbesondere sagen die Edikte Pius X, dass die Trennung der Kirche vom Staat - durch Bismarck vollzogen - aufzuheben und die katholische Kirche als politische Macht und einzige Staatskirche neu zu inthronisieren ist. Dieser religiöse und politische antidemokratische Fundamentalismus steht dem „Kalifat von Köln“ nicht nach gemäß unserer Meinung. Daher ist die geistige Heimat insbesondere katholisch-religiös geprägter Parteien neu zu hinterfragen und neu zu überprüfen.

- Mit Ausnahme des kirchlich-tradierten religiösen Hegemonialanspruchs, der leicht in die Schranken zu verweisen ist schon durch Streichung der Kirchensteuer, sind diese Probleme in Deutschland hausgemacht und damit vermeidbar.

Beweis:

In der EU beträgt das durchschnittliche Wirtschaftswachstum ca. 1,3 %. Nur in Deutschland tendiert es zu Null. Die Lasten der Deutschen Einigung sind keine ausreichende Belastung mehr, diesen Niedergang zu erklären. Die

Verwaltung ist der größte Arbeitgeber und Unnutzen in weiten Bereichen zu ruinösen Extremkosten, zieht man die juristischen Folgeverfahren hinzu mit Entscheidungsverzögerungen in Deutschland über Jahre zum Vorteil der internationalen Konkurrenz. Dieses Phänomen hat sowohl das römische Weltreich wie die DDR, auch den Kommunismus als Ideologie, gestürzt. In Deutschland wiederholt sich derzeit noch einmal der Untergang der DDR mit einer dramatischen Bedrohungslage für jeden einzelnen Bürger. Damit stellt der derzeitige Regierungsverfahren schlüssig öffentlich unter Beweis, unbrauchbar und Anlaß des Staatsbankrotts zu sein. Darauf muß jeder Bürger reagieren. In der DDR tauschte man diese gegen die Demokratie in Westdeutschland aus, da diese weit überlegen war. Heute ist zu prüfen, welches Demokratieverfahren erfolgreicher ist als das, was uns die Staatskrise beschert hat.

- Insbesondere die hochfahrende Arroganz der „Volksrepräsentanten“ in Politik, Parteien, Gewerkschaften, Interessenverbänden, der Verwaltung und Justiz, die kaltschnäuzige Abweisung und Verächtlichmachung des Fach- und Sachverständes der teils gutachterqualifizierten einzelnen Bürger, deren teilweise aktenkundige Strafverfolgung wegen „Majestätsbeleidigung“ bei abweichender Meinung etc., die Klüngel- und Vetternwirtschaft, die öffentliche schmiergeldbewehrte Korruption, vielfach bezeugt und durch einschlägige Abwehrgesetze gerichtsnotorisch geworden, zerstört die deutsche Demokratie als Krebsgeschwür von innen heraus.

Hier wird demokratischer Widerstand zur (verfassungsrechtlich und einfachgesetzlich bereits geregelten) zur allgemeinen staatsbürgerlichen Pflicht im Rahmen der Wahrnehmung und Ausübung der Funktion des Souverains, von dem alle Staatsgewalt ausgeht, und der damit „Ihr oberster Dienstherr“ ist, dem Sie alle eigenhändig persönlich einen Dienst- und Treueeid geschworen haben. Sie haben sich in dem Eid verpflichtet, Schaden von uns - dem Staatsvolk - abzuwenden und unseren Nutzen zu mehren. Wenn Sie beschließen, uns selbst zu töten, weil wir Ihnen zu teuer werden und Sie es nicht schaffen, nennenswerte Einnahmen zu erwirtschaften, dann brechen Sie den Eid in der schwerstmöglichen Art und Weise und verwirken Ihr Mandat und die Beauftragung des Wählers, diese zu vertreten und an deren Stelle zu handeln.

Wenn wir einzelnen Bürger hier unser Wort und unsere Urentscheidermacht erheben zur Niederschlagung des drohenden Aufstandes gegen die parlamentarische Demokratie (und uns selbst daraus dem Todesrisiko aussetzen), stellen wir uns auch vor Ihre persönlichen Leben zu Ihren persönlichen Schutz, obwohl wir Sie als für uns unbrauchbar entlassen haben. Wie Sie aus den Publikationen der Neonaziszene und den Berichten der Verfassungsschutzämter wissen, die wir auch kennen, sind Sie alle persönlich wie die Richter, Staatsanwälte, Gewerkschaftsführer, Journalisten, Künstler - wie ich - Juden, Behinderte, und allgemein alle „nicht rassereinen Urgermanen“ mit Lager (KZ), und Vernichtung bedroht. Gerade die Repräsentanten der Demokratie sind gemäß der „Verurteilung der Menschenrechte“ (Deutsches Kolleg, Deutsches Institut, Autoren Mahler, Oberlercher) auch der Lynchjustiz der Straße als vogelfrei erklärt worden zur Tötung durch den Mob. Sie alle stehen auf der Erschießungsliste ganz oben. Sie wissen das. Sie kennen die Berichte und Todeslisten - es sei denn, die Verwaltung enthält diese Ihnen vor zum Verbot der Akteneinsicht für Abgeordnete (vgl. das niedersächsische Petitionsrecht und die Praxis der Bundestagsverwaltung).

Es tut uns nicht für Sie leid, wenn wir Ihnen nach der Offenlegung Ihrer Bilanzen mit dem für uns schrecklichen Ergebnis mitzuteilen haben, daß Sie den Anforderungen, die wir an Sie zu stellen haben, nicht gerecht geworden sind und diesen nicht genügen, und wir Sie daher fristlos entlassen müssen. Die Schuld liegt bei Ihnen, da Sie das eigene Volk als

„repräsentative Repräsentanten“ ausgeschlossen haben. Daher sind Sie bis in den Bereich des persönlichen Vermögens zur Rechenschaft und Haftung zu ziehen für diese nationale Katastrophe mit der vollen Strenge der öffentlichen Meinung, der Gesetze und der vollen Strenge der Entscheidung der Ihnen vorgeordneten Urentscheider nach Recht und Gesetz. Ihr „Volksmündelprivileg“, genannt „repräsentative Demokratie“, ist angesichts der vorliegenden Schlechtleistung zum Staatsbankrott verurteilt. Sie haben uns Urentscheidern nachgewiesen, fachlich, charakterlich und in der Sache ungeeignet zu sein. Angesichts der vorliegenden Haushaltslage erübrigt sich darüber jede weitere Diskussion.

Beweis: das Haushaltsdefizit und alle Nebenfolgen, die vermeidbar wären.

Das staatsrechtliche Modell der monistischen „repräsentativen“ Demokratie muß aus dieser Schlechtleistung der Regierenden als gescheitert angesehen werden zum schlüssigen kausalen Beweis des Misserfolgs durch Staatsbankrott. Die vorgelegte Agenda 2010 wie auch das Programm der Oppositionsparteien und Gewerkschaften läßt keine Tendenz erkennen, die geeignet wäre, die Staatseinnahmen wesentlich und nachhaltig zu verbessern als wesentlichste Voraussetzung für die Abwendung des Staatsbankrotts mit allen Nebenfolgen bis zur Lebensverkürzung gegen das eigenen Volk aus Haushaltsgründen. Es wird lediglich der Mangel verwaltet, verschoben, „umverteilt“ und das mit höchstmöglichen kostentreibenden Verwaltungs- und Justizaufwänden. Der Gedanke, dass „man“ (der Bürger und Steuerzahler) ausreichend, am besten viel Geld verdienen muß, um neben dem eigenen Existenzertand und der gesellschaftlichen Funktion als wirtschaftstreibender Konsument den Haushalt und die „Administration“ zu bezahlen und den Haushalt zu sanieren, scheint verloren gegangen zu sein.

Wir Bürger sind bisher im Vertrauen auf Ihre Kompetenz, Um- und Weitsicht nicht auf die Idee gekommen, es könne einmal eine solche Schiefelage entstehen, so dramatisch, daß die Parteien sich anschicken, die eigenen Wähler zu verelenden und zu beseitigen. Das war für

uns bisher undenkbar. Wir müssen nun angesichts dieser uns persönlich und akut bedrohenden neuen Sach-, Rechts- und Staatsrechtslage umlernen und umdenken. Sie werden für uns Bürger und Wähler gemäß den publizierten Ergebnissen zur Gefahr für Existenz, Leib und Leben. Wir können und dürfen Ihnen nicht mehr vertrauen und glauben, was Sie sagen und uns versprechen. Sie fordern uns zum Streit um den Erhalt unserer Existenzen, unserer Unversehrtheiten offen heraus. Sie haben daher zur Kenntnis zu nehmen, daß uns Ihr persönliches politisches und wirtschaftliches Schicksal in dieser besonderen Staatsnotstandslage als Nachrangigkeit zur Subsidiarität vor dem Gemeinwohl gilt, da wir Sie mit unseren Steuergeldern alimentieren, also aushalten, daraus Ihnen Ihre persönlichen Karrieren samt Sonderprivilegien und Neben- u. Zusatzverdienste ermöglicht haben mit unserer Wahlstimme. Es zählt im kapitalistischen Sinne ausschließlich Ihre Leistung, Ihr Erfolg. Der fehlt. Sie dürfen ihn uns nachreichen zur Überprüfung unserer Prioritäten und Meinungen, u.a. wird auf das Angebot Hirsch verwiesen.

Wir nehmen daher auch den Bundeskanzler mit seinem Wahlversprechen beim Wort, sich nicht selbst für amtswürdig erklärt zu haben, wenn es ihm nicht gelänge, die Arbeitslosenzahl zu halbieren. Das Ziel ist verfehlt und erkennbar nicht mehr erreichbar.

Herr Bundeskanzler, stehen Sie zu Ihrem Wort, seien Sie glaubwürdig, treten Sie zurück.

Die bisher vorliegende Negativliste zum Staatsbankrott ist so vernichtend, dass jedes Unternehmen sich mit sofortiger Wirkung fristlos von solchen Mitarbeitern trennen und sie in Schadenshaftung nehmen müsste nach Gesetz zur Abwendung eines Konkurses gem. §§ 283 ff. StGB. Wenn Sie weiterhin glauben, sich darüber hinwegsetzen und „das Volk repräsentieren“ zu sollen, verweise ich auf das Geleitwort von Gerhard Schröder o.g.. Auch

die Leistung der Opposition ist nicht besser (vgl. auch die Fälle Koch, Kohl zur Parteispendensache).

Richtig ist zu Ihrer Unterrichtung und Kenntnis: Sie sind entlassen mit Undank, da Ihre Leistungen unseren Erwartungen und den Erfordernissen für Deutschland nicht entsprochen haben. Wir Bürger müssen nach diesem Desaster nun neu regeln, wer in der Zukunft unsere Interessen wahrnehmen darf, sowie, in welcher Form das zu geschehen hat, welche Kontrollmaßnahmen zu reformieren und zu ergänzen sind, damit sich eine solche Gefahrenlage nicht wiederholt. Die Demokratie ist ein lebendiger Organismus, darauf ausgerichtet, Mängel zu erkennen und rechtzeitig zu beseitigen, **bevor** nachhaltiger Schaden eintritt. **Daran wirken alle Sachkompetenzen im Staate mit als Gemeinschaftsaufgabe der Selbstorganisation der Gesellschaft zum eigenen Vorteil und Fortkommen. Die Selbstvernichtung ist in diesem System nicht vorgesehen.** Damit unterscheidet sich eine Demokratie substantiell wesentlich von einer „gottgegebenen kaiserlichen“ Staatsordnung, einer Religion, einer Parteidiktatur und der Diktatur einzelner Hegemone. Wie die historische Erfahrung zeigt, sind bisher nur solche Gesellschaften dauerhaft erfolgreich, die über eine hochorganisierte sich selbst verwaltende und regulierende offene Gesellschaft mit allen erforderlichen Vielfalten verfügt, mithin über das kreative Potenzial für wirtschaftlichen, damit sozialen, ökologischen und sonstigen Erfolg. Diese Gesellschaften sind von den Fachkompetenzen der einzelnen Bürger und deren bürgerlichen Grundfreiheiten und den Völkerrecht gewordenen Regeln der Menschenwürde und Menschenrechte getragen.

Die Tötung des eigenen Staatsvolkes aus Haushaltsgründen ist in einer solchen Gesellschaft der schlimmstmögliche Tabubruch, das schlimmstmöglichste, das unverzeihlichste Sakrileg. Es ist die Vernichtung der eigenen Substanz.

Eine solche Lage hat es in Deutschland seit 1945 noch nicht gegeben, es gibt auch kein Beispiel für Verhaltensmuster in solcher Lage. Sie war nicht denkbar, Vorkehrungen zur Gefahrenabwehr in solcher Lage sind nicht getroffen.

Dennoch müssen die Verhältnisse zur Abwehr dieser Gefahr in Deutschland neu geregelt werden. Hier greift nun nach Staatsrecht das Vorrecht der „pluralistischen Demokratie“, der Mitwirkung der einzelnen sachkompetenten Bürger zur Gefahrenabwehr in besonderer Gefahrenlage des Staatsbankrotts mit Diskurs zur Tötung der eigenen Staatsbürger ggf. aus Haushaltsgründen als Maßnahme des Staatsnotstandes, der mit der Agenda 2010 und dem Diskurs über die ggf. Tötung aus Haushaltsgründen zur Spaltung des Gesellschaft in „lebensberechtigtes“ und „lebensunwertes“ Leben - ein Arzt sagte dazu „dann stehen wir wieder an der Rampe“ öffentlich verkündet ist.

Es mag sein - zur Unduldbarkeit - dass Ihnen die Betriebsblindheit des Partei- und Gewerkschaftsgehorsams, die Interessenverpflichtung die der tägliche Betrieb im Hohen Haus mit sich bringt, die Sicht auf die tatsächlichen Belange der Bürger - Ihrer Wähler, ohne die Sie nicht dort wären, wo Sie sind -, verstellt ist, und dass Sie in der Überzeugung, das Beste für Deutschland - und Ihre Partei etc. - zu wollen, wie für sich selbst zum Mandatserhalt -, aus dem Blick verloren haben, für welche Aufgaben Sie tatsächlich gewählt worden sind: Schaden von uns - Ihren Wählern- zu wenden und unseren Nutzen (nicht Ihren eigenen) zu mehren. Als Dank für diese Leistung billigen wir Ihnen persönliche Vorteile gern zu. Die uns derzeit angebotene Leistung - der Staats- und Gesellschaftsbankrott - ist eine furchtbare Negativleistung in offenem Vertrauensbruch, die uns als Wähler und demokratisch legitimierte Haupt-Auftraggeber und Urentscheider an die Hand gibt, Ihre Vorteile und Begünstigungen rückgängig zu machen und einzuziehen zum Schadensausgleich wegen Nichterfüllung des Leistungsversprechend durch Sie.

Entscheidend für diese Bewertung ist nicht Ihre eigene Meinung über Ihre Leistung, sondern das Bild, daß Sie bei uns als Urentscheider erwecken, deren Erfüllungsgehilfen Sie sind, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Das bei uns - dem deutschen Volk - erweckte Bild ist

vernichtend zum unentschuldberen schlimmstmöglichen Misserfolg der Parteien, der einzelnen Mandatsträger und des monistischen Systems der repräsentativen Demokratie.

Weisung des Souverains und Urentscheiders und Auftrag:

Für die Übergangszeit bis zur Neuregelung der Verhältnisse in Deutschland wird Ihnen aufgegeben, jede Möglichkeit der Haushaltssanierung vor Verabschiedung der Agenda 2010 und der existenziellen Vernichtung des eigenen Volkes zu nutzen und darauf zurückzugreifen. Dieses entbindet nicht von grundlegenden ausstehenden Reformen, da sonst das Vermögen nutzlos verschleudert wäre.

Das Ihnen vorgelegte Angebot Hirsch vom 25.05.2003 - BMF AZ.: L - 2003/0039268 Fristsache bis 07.06.2003 - öffentlich ausgelobt im Internet, daher haben wir Kenntnis - ist geeignet, diese Notlage zügig und rasch zu beenden und insbesondere die soziale und innere Sicherheit wieder herzustellen.

Die Agenda 2010 ist daraus in weiten Teilen überflüssig und unnötig geworden als neue Sach- und Rechtslage. Sie wäre ggf. gerichtlich zu kassieren wegen Nötigung und Bedrohung der Betroffenen mit einem vermeidbaren schweren Übel, wir erwarten eine Prozeßflut von Unterlassungsklagen gegen die Bundesregierung und den Bundestag zur ggf. Verurteilung der Bundesrepublik Deutschland wegen Verletzung der Menschenwürde vor den internationalen Instanzen.

Grund: es verletzt die Menschenwürde und gefährdet den Bestand der Demokratie, wenn solche Lösungsmöglichkeiten ausgeschlagen würden und anstelle dessen weiterhin die Bundesbürger mit Existenzvernichtung, Verarmung/Verelendung und Sozial- und Haushaltseuthanasie ab dem Lebensalter 75 geängstigt, genötigt und bedroht würden. Solches würden wir als Hochverrat gegen das eigene Staatsvolk würdigen.

Wir erwarten die Erledigung dieser Weisung innerhalb der Bundestagsentscheidung über die Agenda 2010 zur Aussetzung der Bundestagsbeschlussfassung bis zum Kassensturz nach Durchführung der Annahme und Realisierung des Angebots, das innerhalb des laufenden Haushaltsjahres erledigt werden kann gemäß Angebot.

Wir teilen Ihnen mit, dass wir darüber nicht mit Ihnen diskutieren, sondern Sie anweisen.

Wir haben inzwischen den Anbieter kontaktiert und uns der Ernsthaftigkeit seines Willens rückversichert. Das hätten Sie auch längst tun können, wie uns Herr Hirsch mitteilte zum Procedere, als wesentliche Unterlassung. Es ist uns also möglich, das schriftliche Zeugnis, die Willenserklärung des Auftraggebers nachzureichen und diese öffentlich zu publizieren, bzw. diese im gerichtlichen Verfahren zur Erzwingung gegen Sie zu verwenden. Vor diesem Hintergrund ist jeder Versuch, mit uns darüber zu diskutieren, zwecklos. Die Haushaltsslage erzwingt zur Schadensminimierung sofortiges nachhaltiges Handeln. Die Zeiten des inhaltsleeren Geschwätzes und Parteiengezänks sind vorbei. Der Auftraggeber hat und bestätigt, in der Not zu einem bisher unüblichen Mittel gegriffen zu haben, eine Amtshaftungs-Schadenslage zu kapitalisieren und die Bundesmittel gegen Mittel vom internationalen Kapitalmarkt auszutauschen/sie daraus zu ergänzen. Solche Maßnahmen sind nach Gesetz nur einzelnen Privatpersonen/Privateigentümern vorbehalten, niemand sonst kann also diese Möglichkeit der Haushaltssanierung aktivieren und durchführen. Er ist dazu bereit, er stellt keine speziellen Bedingungen außer einer, erfolgreich zu sein. Diese Maßnahme bedingt die Akzeptanz der pluralistischen Demokratie und die Akzeptanz, dass sich einzelne Bürger - hier in besonders herausragender Weise - an der Gestaltung und der Lenkung der Geschicke des Staates mit den eigenen Mitteln verantwortlich beteiligen und

von Amts wegen beteiligt werden, als Novum gegen die bisherigen Verfahrensweise der „Verkündigung an das Volk von der hohen Kanzel des Hohen Hauses herab.“.

Wir schlagen daher vorab diesen Menschen zum Verleihung des Bundesverdienstkreuzes in der repräsentativsten Form vor. Sein Vorgehen ist beispielhaft und bisher ohne Beispiel in Deutschland, zur Nachahmung dringend empfohlen.

Niemand sonst in Deutschland hat nach unserer Recherche ein solches Angebot unterbreitet und im Wortsinn „aus Scheiße Gold gemacht“, auch nicht jene 3-4 % der Besitzer, die 80 % des deutschen Privatvermögens halten, obwohl das ohne Kapitalverlust ihnen ebenso einfach möglich wäre. Diese tragen zum Gemeinwohl in diesem erweiterten Sinne nichts bei, nutzen aber alle Vorzüge, die unsere Demokratie zu bieten hat, verdienen an den Bürgern durch Verkauf ihrer Waren - unter Maßgabe, die eigenen Einnahmen und Werte zu schmälern, pflegen sie ihre Märkte nicht und fördern sie nicht deren Kaufkraft - einschließlich der Steueramnestie. Vielleicht fehlt es an Phantasie und kaufmännischem Können? Hier sein ein Denkanstoß gegeben.

Aufforderung zur Mitwirkung:

Wir fordern Sie auf, folgenden Aufruf (Entwurf, Verbesserungsvorschläge werden gern berücksichtigt) an alle Bundesbürger mitzutragen und zu unterzeichnen, und das schriftsätzlich nachzuweisen zur Einbindung und Ermunterung an alle Bundesbürger, mitzutun.

„Liebe Bundesbürger“

der ehemalige Bundespräsident und Präsident des Bundesverfassungsgerichts Roman Herzog verlangte schon vor Jahren, „es müsse ein Ruck durch Deutschland

gehen“. Er meinte, alle müssten sich engagieren und aktiv die schon damals drohende Notlage unseres Staatswesens abwehren. Der Aufruf war erfolglos, die Krise ist da. Mit drohenden 126 Milliarden € Defizit, das sind ca. 50 % des Bundeshaushalts, ist keine wie immer geartete Sparmaßnahme geeignet, den Zusammenbruch Deutschlands aufzuhalten oder abzuwenden. Daher müssen wir alle einen Beitrag leisten, unser Staatschiff, damit unsere eigene Existenzgrundlage, wieder flott zu machen. Obwohl der Einzelne konkret wenig tun kann (bis auf Ausnahmen), ist Ihre Meinung und Solidarität gefragt, unsere uns regierenden Politiker zu überzeugen, Angebote zur Krisenbewältigung aus dem eigenen Volke aufzunehmen und umzusetzen, und das vorgestern. Es ist aufgrund des Staatsprinzips der „repräsentativen Demokratie“ bisher üblich, dass die Politik - das Volk vertretend - allein entscheidet und das eigene Volk draußen vor der Tür stehen lässt. Diese Entscheidungen haben dazu geführt, dass der Staatsbankrott unausweichlich ist, alle Sparmaßnahmen nicht ausreichen werden. Inzwischen nehmen auch die „Väter“ dieses Staatsprinzips dazu kritische Distanz und halten es sogar für „gefährlich“. Unstreitig sind alle dafür, dass „das Volk“, also jeder einzelne Bürger nach seinen Möglichkeiten, sich aktiviert und beiträgt. Eine moderne arbeitsteilige international verflochtene Gesellschaft ist nur existenz- und überlebensfähig, wenn sie offen, kreativ, sozial und wirtschaftlich erfolgreich bleibt. Dieser Zustand muß neu aktiviert werden.

Das erste Ziel muß sein, den Haushalt zu sanieren, nicht nur durch Einsparungen, sondern vor allem durch frische neue Einnahmen. Entsprechende Angebote liegen dem Bundestag vor. Er kann und soll sie nutzen. Ein Angebot ist im Internet nachlesbar unter folgender Adresse:

<http://www.helft-deutschland.de/finanzen/Angebot.pdf>

Die dortige Lösung ist unkonventionell, wäre aber höchst erfolgreich. Wir benötigen viele weitere unkonventionelle Lösungen und Angebote. Denken Sie mit! Kramen Sie mit in Ihren Sachen, ob Sie ähnlich wirksame Möglichkeiten haben. Wohlstand ist teilbar und unser aller Existenzgrundlage. Er kann sich darauf für jeden vermehren. Aber man muß ihn herstellen und erhalten. Das muß man wollen. Da sich unsere Politiker vor Misserfolgen sehr fürchten muß man ihnen Mut machen und ihnen sagen, dass sie es wagen sollen, damit sie keine Angst mehr vor uns haben und sich etwas trauen. Das muß man ihnen sagen. Dazu brauchen wir jede Stimme. Ihre Stimme zählt, jede einzelne, in Ihrem wohlverstandenen höchstpersönlichen Interesse.

Nach der derzeitigen Kassenlage müssen wir es Ihnen so deutlich sagen: Wenn es uns in einem gemeinsamen Kraftakt der Überzeugung nicht gelingt, das Staatschiff von der Sandbank zu holen, wird sich ab dem Alter 75 für Sie vermutlich der Sensenmann mit dem Amtssiegel zur Abholung einstellen, um es drastisch auszudrücken, nach dem aktuellen Stand der Überlegungen. Sie haben die Wahl. Sie können das ändern. Sie sind für sich selbst und alle anderen mitverantwortlich. Diesmal gilt nicht mehr „die da oben machen doch nur was sie wollen“.

Wir werden die kommenden Sitzungen des Hohen Hauses verfolgen, auch die einzelnen Redebeiträge. Beachten Sie den Termin.

Mit freundlichem Gruß

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jürgen Peters', with a stylized flourish at the end.

c.o. Jürgen Peters

Sachdienlicher Hinweis: Tippfehler werden aus Zeitgründen nicht mehr redigiert.